

Eine leise Stimme der Vernunft. Hannes Androsch zur Zukunft der Sozialsysteme

Bernd Marin

Hannes Androsch kann über ein halbes Jahrhundert auf große wirtschaftliche und politische Erfolge verweisen. Zuerst als Staatsmann, Vizekanzler und Finanzminister, später als innovativer Industrieller und Unternehmer.

Und nun, im Dritten Lebensalter, als hierzulande allzu seltene Spezies: als engagierter Citoyen, Publizist, wortgewaltiger öffentlicher Mahner, Nach- und Vordenker und gleichzeitig großmütiger Mäzen zur Erforschung von Überlebensfragen der res publica – wie etwa der Zukunft der Pensions- und Sozialsysteme.

Während Altersgenossen sich im Ruhestand auf ihren Meriten, so vorhanden, ausruhen, und allenfalls Personalien kommentieren, aber kaum längerfristige und globale Entwicklungen analysieren, wirkt Androsch weiter als Analyst wie auch als umtriebiger Aktivist. Früher als andere hat er die Bedeutung von Bildungsinvestitionen als *der* Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts verstanden.

So startete er zivilgesellschaftliche Initiativen für Bildung bis Berufsheer, Wissenschaft, Forschung, Technologie, Budgetkonsolidierung, aktivierende Arbeitsmarkt- und nachhaltige Pensionsreformen. Sein Leben lang widmete er sich einer produktiven Verknüpfung von originärer Wirtschafts- und Finanzpolitik mit zeitgemäßer Modernisierung der Sozialsysteme.

Komparative Vorteile der Ära Kreisky & Androsch – und schwedische Lehren gegen „Kaputtspär“-Panik

Von den komparativen Vorteilen der Ära Kreisky & Androsch, vor allem der überlegenen Arbeitsmarktintegration, zehrt Österreich bis heute und andere EU-Länder können davon lernen. Seit fast 50 Jahren weit geringere Arbeitslosigkeit bei hoher und ständig wachsender Beschäftigung, duale Berufsausbildung und hohe Jugendbeschäftigung, gute Armutsvermeidung, sozialer Dialog und Sozialpartnerschaft, starke Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung, flächendeckende Kollektivverträge, weltweit führende Abdeckung medizinischer Grundversorgung, usw. Österreich kann sich seit den 1970er Jahren international sehen lassen.

Androsch verkennt aber auch nicht die fragilen Voraussetzungen künftiger Erfolge: gerade er, der Austro-Keynesianer hat anders als retrolinke Austeritäts- oder „Kaputtspär“-Paniker die schwedische Lektion der frühen 1990er Jahre verstanden. Dass nämlich nur längerfristig – und strikt gegenzyklisch – ausgeglichene öffentliche Haushalte automatische Stabilisatoren und so einen wirksamen Kampf gegen demoralisierende Massenarbeitslosigkeit ermöglichen; und nur balanced Budgets mit einem souveränen Sozialstaat vereinbar sind. Dass gerade Sozialdemokraten und Sozialstaatsbefürwortern ein aufgeklärt moderater fiskalischer Konservatismus gut ansteht.

Wohingegen chronische Staatsverschuldung nationale Sozialsysteme der Willkür und dem Gläubigerdiktat der internationalen Money Lenders ausliefert. Dazu braucht man in der EU

nicht nach Griechenland und Zypern zu sehen, es reicht das fiskalische Fiasko der späten Regierung Berlusconi. „Salva Italia“, die Rettung unseres Nachbarlandes vor dem Staatsbankrott und damit des Euro, der Eurozone und der gesamten EU durch das Technokratenkabinett Mario Monti und Elsa Fornero im November/Dezember 2011 als jüngstes Beispiel der Folgen abschreckenden fiskalischen Laxismus.

„Klassenkampf am grünen Tisch“

Hannes Androsch hat auch andere entscheidende Einsichten zur Zukunft der Sozialsysteme. Etwa Dani Rodrik's Globalisierungs-Paradox. Oder die Vorteile von Zuwanderung, aber auch von managed Migration unter dem Primat des Arbeitsmarktes gegenüber unkontrollierter Völkerwanderung. Oder die win-win-win Lösung von flexicurity bei modernen Arbeitszeitmodellen, welche die Goldader produktivitäts-steigernder Flexibilität mit sozialer und höherer Beschäftigungssicherheit kombinieren; und dass ein Fair New Deal zukunftsfähiger Arbeitszeitgestaltung sozialpartnerschaftliche Priorität zu sein hat, bei der Unternehmer *und* Gewerkschaft über ihre Schatten springen müssen.

Ganz allgemein sind Sozialsysteme nur durch pragmatische, historische Kompromisse, Bruno Kreisky's „Klassenkampf am grünen Tisch“, steuerbar. Im Wesentlichen aus zwei Gründen. Erstens sind Soziale Marktwirtschaften und nachhaltige, moderne Wohlfahrtssysteme permanent sich wandelnde, effektive Kompromissarrangements zwischen sozialdemokratischen und liberal-kapitalistischen Komponenten. Weder sozialistische (rein markttranszendierende), noch neo-/ultraliberale (rein marktkonforme) Positionen sind dauerhaft kompromissfähig, stabil und systemkompatibel.

Zweitens zeigen nationale Sozialsysteme, mehr als globale Subsysteme wie etwa Wissenschaft und Technologieentwicklung, sehr hohe Pfadabhängigkeit, geschichtliche Wirkmacht, Beharrlichkeit; d.h. vergangene Richtungsentscheidungen prägen mehr als anderswo (mit Ausnahme von Religion und Politik) Gegenwart und Zukunft de longue durée. Daher wird für Modernisierung durch Sozialreformen das Bild vom Umsteuern eines Riesentankers mit vielen Meilen Bremsspur bemüht.

Folglich sind mögliche und wahrscheinliche Zukunftstrends nur bei genauer Kenntnis der Eigendynamiken, der Erfolge und auch Leerläufe historischer Entwicklungen seit etwa 1870 erkennbar. Andererseits lassen sich zwar Spielräume und Grenzen verantwortungsschwerer Weichenstellungen absehen, das Resultat der Stellungskämpfe um die Ausformung möglicher Zukunftsoptionen ist aber unabsehbar – offen, wie die Geschichte selbst.

Die Entwicklung der Wohlfahrt vom 19. in das 21. Jahrhundert ist gekennzeichnet von *Warfare* zu *Welfare* zu *Welfare-cum-Workfare*. Wobei der moderne, semi-sozialistische Wohlfahrtskapitalismus in Friedenszeiten kein „Recht auf Arbeit“ – und kein Recht auf Einkommen ohne Arbeit bei Arbeitslosigkeit – ohne eine gewisse Leistungsverpflichtung zu Arbeit, Arbeitswilligkeit und Arbeitssuche oder zu Steuern und Abgaben (SV-Beiträgen) einräumt - und einräumen kann.

Sozialismus kennt Recht auf Arbeit nur bei Pflicht zu Arbeit, Kapitalismus weder Recht auf noch Pflicht zu Arbeit, allenfalls (den stummen ökonomischen) Zwang zu Arbeit; Mischsysteme eben Mixes aus beiden. Also weder Gerhard Schröder's viel zitiertes und

kritisiertes „kein Recht auf Faulheit“, noch eine „Pflicht zur Arbeit“. Aber mehr Wohlfahrt braucht auch mehr - oder viel produktivere - Arbeit. Ein Europäisches Sozialmodell hält über 100 Millionen Personen in Massenerwerbslosigkeit, das Fünffache an Inaktivität wie Arbeitslosigkeit, davon zig Millionen in Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit, schlicht nicht aus.

Denn eine (derzeit bestehende) Mehrheit abhängiger “Versorgungsklassen” gegenüber produktiv wertschöpfenden “Erwerbsklassen” (in der Terminologie des Austro-Marxisten Karl Renner und des Liberalen Ralf Dahrendorf) ist längerfristig mit einer entwickelten Wohlfahrts- und Arbeitsgesellschaft völlig unvereinbar. Moderne Sozialsysteme brauchen einen Primat bezahlter Erwerbsarbeit gegenüber unbezahlter Haushaltsökonomie - und vor allem bezahlter Inaktivität.

Unser Leben kann durchaus auch staatlich alimentiert werden, aber eben nicht ein halbes Jahrhundert lang, davon über ein Vierteljahrhundert in chronisch unterfinanzierten Altersrenten bei ständig steigender Langlebigkeit. All das sieht Hannes Androsch völlig illusionslos, in all seinen feinen Verästelungen und indirekten Implikationen - im Gegensatz zu vielen hauptberuflichen „Sozialpolitikern“.

Wenn Androsch einen blinden Fleck, nicht nur gegenüber seiner weltanschaulichen Herkunftsfamilie, hat, dann wäre es wohl eine Unterschätzung der Sprengkraft des ewigen Konflikts um Fairness und soziale Gerechtigkeit, der Dynamik von Armut, Reichtum und sozialer Ungleichheit. In einer Welt ständig zunehmender Vermögensdisparitäten, in der selbst neoliberale Wirtschaftswissenschaftler progressive Erbschaftssteuern diskutieren, sollte man sich dieser Debatte nicht verschließen.

Populär, nicht populistisch

Hannes Androsch war politisch ungemein populär, aber nie populistisch, im Gegenteil. Man braucht bloß erlebt haben, wie Androsch als junger und bemerkenswert beliebter Finanzexperte nicht nur widerstrebende Unternehmer, sondern auch skeptische gestandene Stahlarbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre von den Vorzügen, ja Notwendigkeiten einer Hartwährungspolitik und entsprechender Lohnzurückhaltung in Kollektivvertragsverhandlungen überzeugen konnte.

Wer das gesehen hat, versteht sofort instinktiv den Unterschied zwischen gelungener Staatskunst - einer hoch populären politischen Führung der Bevölkerung zu unpopulären, aber allgemein vorteilhaften Maßnahmen - und heutigem populistischem Kopieren reaktionärer Abwehrkämpfe für „unsere Leut“ in ouvrieristischer Verkleidung, gegen Freihandel, CETA, Arbeitnehmer-Niederlassungsfreiheit, EU-Binnenwanderung, usw.

Daher waren Arbeiterschaft und ArbeitnehmerInnen dem „Hannes“ und seiner Partei ebenso überwältigend treu wie sie heute den rechtsrechten Recken einer national-„sozialen Heimatpartei“ folgen. Deren wohlfahrtschauvinistische und protektionistische Viren haben längst die Kurz-VP sowie auch ÖGB, AK und SP infiziert – die europarechtswidrige Kürzung von Familienbeihilfe heimischer Arbeitskräfte für Kinder im Ausland als jüngstes Beispiel rechtspopulistischer Hegemonie. So verliert die einst stolze Arbeiterbewegung WählerInnen, die progressive Mitte, kulturelles Kapital und politische Moral gleichzeitig.

Hannes Androsch als freier Denker – erneut auf schwedischen Pfaden

Hannes Androsch dachte häufig über die oft ideologisch allzu engen, beschränkten Horizonte seiner Genossen und Gesinnungsgemeinschaft hinaus. So unterstützte er 2012 prominent (und gegen seine eigenen Parteikader, Sozialminister und Verbandsfunktionäre) eine überparteiliche Initiative einiger Professorenkollegen von mir für die Weiterentwicklung des österreichischen Pensionssystems in Richtung mehr Beitragsgerechtigkeit und finanzielle Nachhaltigkeit – nämlich die inzwischen weltweit berühmten und nachgeahmten schwedischen NDC-Beitragskonten auf Umlagebasis.

Dafür haben sich auf der politischen Linken Freidenker wie die früheren SP-Finanzminister Andreas Staribacher und Hannes Androsch oder der amtierende Bundespräsident Alexander Van der Bellen – und unter 53 prominenten Fachleuten etwa auch der wiederholt als Kandidat für den Wirtschaftsnobelpreis genannte Ernst Fehr von der ETH-Zürich und andere progressive Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler von Anthony Giddens, Begründer des „Dritten Weges“ und von „New Labour“ bis Bert Rürup erklärt.

Dass sich der ebenfalls als Modernisierungshoffnung gestartete, ehemalige Bundeskanzler Christian Kern noch in seiner Zeit als ÖBB-General nicht anschließen wollte sagt einiges über den Gruppendruck des altsozialistischen Linkskonservatismus in der österreichischen Sozialdemokratie aus. Dem konnten und können sich offenbar nur sehr eigenständige und selbstbewusste Persönlichkeiten - oder Politiker a.D. und nicht in spe – wirksam entziehen.

Die „leise Stimme der Vernunft“ in der Welt von morgen

Läge die Zukunft nachhaltiger Sozialsysteme in Köpfen und Händen von Staatenlenkern vom Format eines Hannes Androsch, müsste uns vor den abgründigen Ungewissheiten der Welt von morgen weniger bange sein als angesichts des derzeitigen Regierungspersonals. Hören wir daher auf seine, die „leise Stimme der Vernunft“. Sigmund Freud wusste, „die Stimme der Vernunft ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehört verschafft hat (...). Dies ist einer der wenigen Punkte, in denen man für die Zukunft der Menschheit optimistisch sein darf.“

Seine „leise Stimme der Vernunft“ wächst aus vielfältigster, reicher eigener Erfahrung, historischem Wissen und Bewusstsein – sowie Zukunftsoffenheit in sozialdemokratischer – und liberaler - Gesinnung. Sie kombiniert umfassenden Verstand, hohen Fachverstand und gesunden Hausverstand. Sie verbindet die Bereitschaft zu kreativer unternehmerischer Umwälzung mit humanistischer Orientierung und sozialer Sicherung.

Hannes Androsch bietet laufend unkonventionelle Denkanstöße inmitten des permanenten schrillen medialen Gezwitzers und Geplärres um öffentliche Aufmerksamkeit für Nichtiges statt Wichtiges. So „zukunftsvergessen“, wie er pointiert formuliert, seine Stimme nicht zu hören, selbst dort, wo wir vielleicht einmal auch nicht übereinstimmen, können wir uns als Gemeinwesen einfach und noch lange nicht leisten.